

Sozialdemokratischer Pressedienst

Organisator und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4300/4301



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Bahn 6204, Tele. Wilhelms-Platz 6
Telegraphisch: Godesburg

Die Zeitung ist nur auf Grund besonderer Bewilligung der Reichsregierung zu lesen.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung der Reichsregierung zu lesen.

Berlin, den 20. Dezember 1931

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wahnwitz!

Verlegenheitsmanöver der KPD.

SPD. Am Donnerstag Vormittag hat die Polizei einen an den Berliner Plakatsäulen angebrachten Aufruf entfernt. Er war unterzeichnet "Die Roten Frontkämpfer" und enthielt wilde Drohungen gegen die Spitzel, die "revolutionäre Arbeiter, geheime Druckereien oder Arbeiter, welche Waffen besitzen, der faschistischen Klassenjustiz verraten". Die werktätige Bevölkerung wurde aufgefordert, die Namen und Adressen der Schufte mitzuteilen, und die Unterzeichner versprochen und gelobt, dass sie "mit diesen erbärmlichen Subjekten so abrechnen werden wie sie es verdienen". Weiter wird dann u.a. gefordert, dass in jedem Arbeiterhaus ein Büro, eine Geheimdruckerei der revolutionären Partei zu errichten sei.

Das Plakat war so wahnwitzig, dass auch der, der den politischen Verstand der Kommunisten so niedrig als möglich einschätzt, geneigt sein musste, es für das Machwerk von rechtsstehenden Provokateuren zu halten. Aber diese Auffassung wird durch das Verhalten des Berliner Kommunisten-Blattes aufgestärkt. Das Blatt beschränkt sich am Freitag auf den Abdruck des einer Korrespondenz entnommenen Polizeiberichtes über die Entfernung des Plakats. Mit keinem Wort zieht es die Echtheit des Aufrufs in Zweifel; mit keiner Silbe rückt es von seinem Inhalt ab. Es wendet nichts ein gegen eine Proklamation, die für Nationalsozialisten ein gefundenes Fressen ist, weil sie ihnen die Möglichkeit gibt, die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrer dreadener Schandtat abzulenken. Es schweigt, obwohl ihm doch klar sein muss, einen wie wertvollen Dienst das Plakat gerade in diesem Augenblick der Regierung und dem tagtäglich zu schärfstem Vorgehen gegen die Kommunisten hetzenden Rechtskreisen leistet. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, als ob der KPD, und den roten Frontkämpfern scharfe Massnahmen der Behörden willkommen wären., durch die die Partei der Notwendigkeit enthoben würde, zu zeigen, wie sie ihren letzten Wahlerfolg im Interesse der werktätigen Bevölkerung auszunutzen vermag.

Nun glauben wir einstweilen nicht, dass Herr von Schleicher auf die Dummheit der Kommunisten mit der noch grösseren eines Verbots ihrer Partei und ihrer Reichstagsfraktion, wie es ein Teil der Berliner Rechtspresse fordert, antworten wird. Aber die Behörden sind ja im besten Zuge, der deutschen Sektion der dritten Internationale sonst allerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Sie arbeiten mit Ausweisungsbefehlen gegen Ausländer, die im Verdacht stehen, mit der kommunistischen Bewegung zu sympathisieren, sie lassen ein energisches Vorgehen gegen die sogenannten Hilfsorganisationen ankündigen, kurzum der Polizei- und Verwaltungsapparat fängt an, eine lebhaftere Tätigkeit auszuüben.

Als Begründung für diesen Eifer wird angeführt, dass die deutschen Bolschewiken eine gewaltsame Aktion planten und als Beweis müssen namentlich gewisse Waffenfunde dienen. Aber Waffenfunde sind, was dem Reichskanzler nicht ganz unbekannt sein dürfte, auch bei anderen gemacht worden und trotzdem ist seinerzeit gerade auf das Betreiben des Herrn v. Schleicher das Verbot der nationalsozialistischen "Hilfsorganisationen" aufgehoben worden. Und war es nicht Herr von Schleicher selbst, der damals erklärte, man stärke die radikalen Bewegungen nur, wenn man ihnen die Möglichkeit gebe, an ihrer Gleichberechtigung zu zweifeln? Auch die verbrecherischen Anschläge, deren sich die SA-Leute nach der Juliwahl schuldig machten, können dem Gedächtnis der Behörden noch nicht entschwunden sein. Sie haben ebensowenig wie die Waffenfunde zu irgendwelchen über die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung hinausgehenden Massregeln Veranlassung gegeben. Es wäre mehr als bedenklich, wenn man den Kommunisten gegenüber andere Mittel anwenden wollte.

Ist die Regierung wirklich von Putschvorbereitungen überzeugt, so hat sie zum mindesten die Aufgabe, bessere Beweise beizubringen, als bisher produziert worden sind. Aber selbst wenn solche einwandfreien Beweise vorliegen sollten, müsste sie auch den Anschein vermeiden, als ob sie die "Revolutionäre" von links anders behandle als die von rechts, ganz abgesehen davon, dass ihre Ausweisungsbefehle in jedem Fall nur als kleinliche und gehässige Chikanen wirken. Dabei ist das Recht zur Ausweisung missliebiger Ausländer unbestritten; die Frage ist nur, ob und wann ein Staat von diesem Rechte Gebrauch machen soll, und der jetzige Reichskanzler täte gut, sich die "Schnorrer- und Verschwörer"-Kampagne des seligen Bülow als warnendes Beispiel vor Augen zu halten.

Wie die Dinge indessen auch stehen mögen, die Vermutung liegt nur allzu nahe, dass der Feldzug gegen die Kommunisten ebenso ein politisches Verlegenheitsmanöver ist wie das blöd-provozierende Auftreten derer, denen man jetzt an den Kragen will. Die Kommunisten suchen sich von der Last der Verantwortung zu befreien, die ihnen ihre hundert Reichstagsmandate auferlegen, und die Regierung möchte sich die Sympathien der trotz der Mischbutter noch immer rabiaten Rechten durch ein scharfes antimarxistisches Vorgehen erwerben. Wahrscheinlich weil sie annimmt, sich damit auch von dem zwar völlig unbegründeten aber unangenehmen Verdacht einer arbeiterfreundlichen Orientierung reinwaschen zu können. Das Kabinett noch mehr aber als die Kommunisten hätte die Pflicht, die Gefahren zu erkennen, die durch solche Verschiebungen des politischen Kampffeldes heraufbeschworen werden.

SPD. Braunschweig, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische "Volksfreund" stellt in seiner Freitag-Ausgabe folgende Blutbilanz des Regimes Klagges im Jahre 1932 auf: 4 politische Morde, darunter 1 Fememord, 16 Bluttaten mit Schwerverletzten, 4 Sprengstoffattentate, 8 Anschläge auf Wohnungen und Häuser, darunter ein Anschlag auf eine katholische Kirche, eine grosse Anzahl Leichtverletzter, Sachbeschädigungen, Überfälle usw. Von diesen Verbrechen hat kein einziges gerichtliche Sühne gefunden. Soweit überhaupt eine Verfolgung eintrat - und das war nur in wenigen Fällen - wurde sie durch die Amnestie hinfällig. Lediglich die Bombenanschläge harren noch der Aburteilung.

Der flüchtige SS.-Mann Kaune, der vor einigen Wochen den scheusslichen Fememord an seinem Kameraden Kampe unweit Braunschweig beging, dürfte, mit falschen Papieren ausgestattet, ebenfalls nach Bozen geflüchtet sein.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der eine Verlängerung der Schutzfrist für die Erhaltung des Baumbestandes in der Nähe der Grosstädte zum Ziele hat.

Schon im Jahre 1922, als die Privatbesitzer von Waldgelände in der Nähe der Grosstädte grössere Abholzungen vornahmen, bemühte sich die Sozialdemokratie, diesem Missbrauch des Waldes entgegenzutreten. Sie brachte im Preussischen Landtag einen Urantrag ein, der die Unterbindung der Abholzungen in der Nähe der Grosstädte und die Freigabe von Uferwegen an den Seen forderte. Diesem Antrag entsprechend kam am 29. Juli 1922 ein Gesetz zustande, das den Privatbesitzern von Waldungen in der Nähe der Grosstädte erhebliche Verfügungsbeschränkungen im Interesse der Gesundheit der Grosstadtbevölkerung auferlegt. Die Gemeinden sollten verpflichtet sein, innerhalb zehn Jahren nach der Unterstellung der Waldungen unter die Schutzbestimmungen die Flächen zu pachten oder käuflich zu erwerben, um von sich aus die Baumbestände zu erhalten. Die schwierige Finanzlage der Gemeinden gestattet aber eine käufliche Uebernahme nicht. Insofern taucht jetzt für die Grosstadtbevölkerung wieder die Gefahr auf, dass wie in der Inflationszeit eine wilde, planlose Abholzung der für die Volksgesundheit notwendigen Flächen erfolgt. Um dem vorzubeugen, müssen die im Gesetz von 1922 vorgesehenen Schutzfristen verlängert werden. Zu diesem Zweck hat die Sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der eine Verlängerung des Gesetzes vom 29. Juli 1922 bezweckt.

SPD. Dessau, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Ein nachträgliches Weihnachtsgeschenk besonderer Art hat die Anhaltische Nazi-Regierung der anhaltischen Einwohnerschaft beschert. Am Freitag liess die Regierung amtlich mitteilen, dass anstatt der bisher vorgesehenen 600 Prozent Bürgersteuer im Jahre 1933 900 Prozent zur Erhebung kommen sollen. Als Begründung wird angeführt, dass die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen andernfalls ernsthaft in Frage gestellt sei und sich keine andere Möglichkeit ergebe, den Gemeinden schnellstens Geldmittel zu verschaffen als durch die Bürgersteuer. Nachdem ein Vorschlag des Staatsministeriums, die Bürgersteuer sozialer zu staffeln und von den höheren Einkommen eine Wohlfahrtsabgabe zu erheben, vom Reichsfinanzministerium als mit dem Finanzausgleichsgesetz unvereinbar abgelehnt worden sei, sei ein anderer Weg steuerrechtlich nicht gangbar.

SPD. Kiel, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Das Jahr 1932 geht in Schleswig-Holstein für Hitler und seine Partei unter den denkbar ungünstigsten Aussichten zu Ende. Es kracht und bricht in allen Ortsgruppen. In Kiel, Flensburg, Neumünster, Schleswig, Husum, Itzehoe, Elmhorn, in jedem Ort, in dem die Nazipartei auch nur geringen Einfluss besass, ist es zur offenen Rebellion der SA und SS gekommen. Zudem stinkt es überall nach Korruption. Die Berichte über Unterschlagungen und Betrügereien der Naziführung nehmen kein Ende. Die Führung der Partei und die Wehrorganisationen geben sich die erdenklichste Mühe, die Davonlaufenden bei der Stange zu halten, aber es gelingt nicht mehr.

Im Gegensatz zu den Nazis entwickelt die Sozialdemokratische Partei eine Aktivität. Eine kurz vor Weihnachten abgeschlossene erste Werbeaktion brachte ihr nicht unbeträchtlichen Mitgliedergewinn. In Kiel allein konnte die Sozialdemokratische Partei die Zahl ihrer Mitglieder um 500 vermehren.

SPD. Brüssel, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die katholisch-liberale Koalitionsregierung hat am Freitag eine lange Liste von neuen Einfuhrzöllen und Steuern auf Konsumartikel veröffentlicht. Es werden u.a. folgende Gegenstände zum Teil sehr erheblich, in einzelnen Fällen bis auf das Doppelte des bisherigen Masses belastet: Kaffee, Tee, Zucker, Kakao, Tabak, Syrup, Margarine, Essig, Alkohol, Benzin, Schaumwein, Bier und Zündhölzer. Die Neubelastung soll dem Staat eine Mehreinnahme von 550 Millionen Francs bringen. Die Extrabesteuerung der Einnahmen soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Die neuen Zölle und Steuern gehen hauptsächlich zu Lasten der notleidenden Bevölkerung. Von einer Bürgerblock-Regierung ist schliesslich nichts anderes zu erwarten.

SPD. Mit dem Blute des von den Nazimördern abgeschlachteten Dresdener SA-Mannes Hentzsch zieht die Hitlerpartei am Jahresende den Schlusstrich unter das Blutjahr 1932. In der Geschichte des deutschen Volkes wird dieses Kapitel 1932 als eines der schwärzesten fortleben. So schwarz und blutig und schändlich, dass wir in die Zeiten des 30jährigen Krieges zurückblättern müssen, um ein Beispiel zu finden für so viel Barbarei, Mord und Schamlosigkeit. Mit dem düsteren Schatten des Dresdner Fememordes geht ein Jahr dahin, in dem es nicht einen einzigen Tag gegeben hat ohne politischen Terror und ohne Blutvergiessen. Das ist das "Dritte Reich" des Herrn Hitler.

Eine schmerzzerfüllte Mutter ist es, die unser Volk am Jahresende nochmals die Hitler-Bewegung und ihre politischen Methoden vor Augen führt. Es ist die Mutter, der SA-Mörder den einzigen Sohn genommen, die Mutter des in Dresden grässlich abgeschlachteten SA-Mannes Hentzsch. Sie nimmt in der Dresdener Presse in folgender Todesanzeige von ihrem Sohn Abschied:

"Herbert Moritz Julius Hentzsch, geboren am 25. April 1906 zu Dresden, durch Mörderhand gestorben Anfang November 1932. Nachdem ich sieben Wochen grosse seelische Qualen der Ungewissheit über den Verlust meines lieben und einzigen Sohnes Herbert gehabt habe, erreicht mich die erschütternde Nachricht von dem bestialischen Mord.

Ein nicht auszudenkender grauenhafter Mord ist an meinem innigstgeliebten Sohn verübt worden. Mit kalter, roher Hand erschlagen, die Brust durchschossen, die Beine gebunden, der Körper in Säcke gehüllt, mit Steinen beschwert und dann von einer hohen Brücke in die Talsperre geworfen. So lag mein armer Sohn bald zwei Monate in den kalten Fluten! Ein grauenvoller Tod, ein noch bestialischer Mord lässt sich wohl kaum noch erdenken.

Und wer sind diese elenden Mörder? In den Reihen seiner eigenen Kameraden, seiner Parteigenossen, werden sie gesucht! Welch' eine Rohheit! Und welch' eine gesunkene Menschheit hatte meinen Sohn in seiner jahrelangen Parteitätigkeit bei der NSDAP. umgeben!....

Ich bedauere unendlich, dass ich mein liebes Kind nicht gewarnt habe, in diesen Kreisen zu verkehren. Allen Müttern möchte ich in meinem unaussprechlichen Schmerz zurufen: "Schützt Eure Kinder vor derartigen Elementen!"

In grossem Herzeleid Frau Klara Bochmann verwitwete Hentzsch.

Potempa und Dresden, das sind die ragenden Inschriften des "Dritten Reiches". Das Leid und die Tränen der verlassenen Frauen und Mütter um ihre erschlagenen Männer und Söhne, das ist das Wiegenlied der Braunen Häuser und ihrer Führer. Potempa und Dresden haben gezeigt, dass die Hitler, Goebbels, Ley und Röhm dennoch sehr gut schlafen. Desto lauter haben wir mit der schmerzzerfüllten Mutter von Dresden zu rufen: "Schützt Eure lieben Kinder vor derartigen Elementen." Helft, dass die braunen Mordzentralen geschlossen werden.

SPD. Frankfurt/M., 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Etwa zwanzig Nazis drangen in Frankfurt in eine Anstalt für Fürsorgezöglinge, drehten das Licht ab, überfielen einen Erzieher, schlugen ihn nieder und demolierten die Einrichtung. Als der Direktor des Heimes erschien, floh die Nazimeute. Gegen verschiedene Teilnehmer des Ueberfalles konnte Anzeige erstattet werden.

Am gleichen Tage holte dieselbe Gruppe von Nazis zwei Fürsorgezöglinge aus der Strassenbahn, die von ihrem Begleiter in eine Erziehungsanstalt ausserhalb Frankfurts gebracht werden sollten. Die beiden befreiten Fürsorgezöglinge gehören der Hitlerpartei an. Gegen ihre Ueberführung in eine ausserhalb Frankfurts gelegene Anstalt hatte vorher der Scharführer der Hitler-Jugend protestiert.

SPD. Halle, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Zersetzung der Hitler-Jugend in Halle schreitet fort. Vor einigen Tagen trat ein Kommissar aus München an die Stelle des bisherigen Jugendführers. Die Folge ist, dass sich die Hitler-Jugend in zwei Lager gespalten hat, die sich gegenseitig bekämpfen und schlagen. Da auch die SS., die früher derartige Meinungsäusserungen "schlichtete", nicht mehr ganz zuverlässig ist, lief der Jugendbonze zur Kriminalpolizei.

SPD. Dresden, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Dreistigkeit der Dresdner Mordgesellen im Gregor Strasser-Haus kennt keine Grenzen. Sie geht so weit, dass die Burschen es gewagt haben, eine Abordnung zu der Mutter des ermordeten Hentsch zu schicken. Die tiefgebeugte Mutter gab den Mordgesellen die einzig mögliche Antwort: Sie wies ihnen die Tür.

Was machten die intellektuellen Urheber der Mordtat an Hentsch? Sie brachten es fertig, die Mutter des Ermordeten am Freitag zu einer "Aussprache" in die braune Verbrecherhöhle einzuladen. Was die Burschen hier planten entzieht sich unserer Kenntnis. Die Mutter des Hentsch würdigte sie keiner Antwort.

SPD. Paris, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Kammer und Senat sind am Freitag in die Ferien geschickt worden, nachdem der Senat die österreichische Anleihe mit 144 gegen 68 Stimmen gebilligt hatte.

Die Berichterstatter der beiden für die Anleihe zuständigen Senatskommissionen machten für die Befürwortung des Gesetzentwurfes Vorbehalte, mit denen sich die Regierung einverstanden erklärte. Der Auswärtige Ausschuss liess zum Ausdruck bringen, dass in den Donaustaaten nichts Ernsthaftes und Solides ohne eine endgültige Vereinbarung mit den beiden Grossmächten geschaffen werden könne, die ebenso wie Frankreich dort interessiert sind. Unter diesen Vorbehalten, die zugleich auf die Einhaltung der bestehenden Verträge und die Vorbereitung einer den Notwendigkeiten der Entwicklung angepassten Neuordnung hinzielen, schlug die Kommission dem Senat vor, den Gesetzentwurf zu billigen. Der Finanzausschuss liess durch seinen Berichterstatter erklären, dass er der Annahme des Gesetzentwurfes nur unter der doppelten Bedingung zustimme, dass der Ertrag der französischen Anleihe nicht zur Rückzahlung des Kredites der Bank von England diene und die neuen Titel nur an der Pariser Börse zugelassen werden, wenn die Modalitäten der Anleiheemission nicht im

Widerspruch zu den in Frankreich üblichen Bestimmungen stehen. Aufgrund der beruhigenden Erklärungen von Paul Boncour und Chéron nahm der Senat den Gesetzentwurf an.

Die ordentliche Parlamentstagung des nächsten Jahres beginnt am 10. Januar. Die Verfassung schreibt den Zusammentritt des Parlaments am zweiten Dienstag des Januar vor.

SPD. Halle, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Achtung und Degradierung der Republikaner und Sozialdemokraten durch die schwarz=weiss=roten Preussenkommissare setzt sich bis in die Bürgermeistereien, über jedes Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden hinweg, fort. Unter Papen hat diese Praxis begonnen, unter Schleicher wird sie fortgesetzt.

In Eisleben ist bereits zweimal der Demokrat Dr. Appell aus Eisenach mit Stimmenmehrheit zum Bürgermeister gewählt worden. Jetzt ist ihm zum zweitenmal die Bestätigung durch den Preussenkommissar versagt worden.

Die aus Sozialdemokraten und der KPD.-Opposition bestehende Stadtverordnetenmehrheit Schkeuditz bei Halle wählte im Oktober den bisherigen Beigeordneten von Greiz, den Sozialdemokraten Dr. Hübler, zum Bürgermeister. Die Bestätigung ist bis heute noch nicht erfolgt.

Im Kreise Merseburg hingegen, in Gräfenhainichen, wurde vor etwa 3 Wochen ein neuer Bürgermeister gewählt. Innerhalb acht Tagen war die Wahl bestätigt und der Gewählte, ein Nazimann, in sein Amt eingesetzt. Auch die vor zwei Wochen erfolgte, nur durch einen schändlichen Kommunistenverrat möglich gewordene Bürgermeisterwahl in Hohenmölsen, Kreis Weissenfels, ist bereits bestätigt.

SPD. Harburg, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Auch in Niedersachsen hat die Nazidämmerung begonnen. In Harburg-Wilhelmsburg ist eine Garnitur von "Führern" still und leise in der Versenkung verschwunden. Unwidersprochen konnte das sozialdemokratische "Volksblatt" feststellen, dass Kassendifferenzen die Ursache sind. In Lüneburg und Stade haben zahlreiche alte und bekannte Anhänger der NSDAP. die Partei verlassen. Noch übler sieht es für die in den Marsch- und Heidedörfern aus. Dort ist überall ein merkliches Abflauen der Bewegung zu verspüren, weil den grossen Worten der Hakenkreuz=Schwadroniere keine Taten gefolgt sind. Viele Bauern, die Scheunentore und Eichenbäume am Hofe mit Hakenkreuzen "geziert" hatten, haben dieses "Schmuckstück" inzwischen entfernt und damit bekundet, dass ihre Höfe und die Besitzer wieder "seuchenfrei" sind. In Winsen (Luhe) und an anderen Orten haben sich Nazis untereinander in den letzten Wochen mehrfach gründlich verprügelt.

SPD. Neustrelitz/Meckl., 30. Dez. (E. Db.)

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Scheibner, der kürzlich mit dem Druck der nationalsozialistischen Parteileitung sein Mandat niederlegen musste, hat seinen Austritt aus der NSDAP erklärt und sich Otto Strassers "Schwarzer Front" angeschlossen. Scheibner soll in Mecklenburg=Strelitz die Leitung der "Schwarzen Front" übertragen werden.

SPD. Die erste Etappe des Rachefeldzuges der Preussenkommissare gegen republikanische Beamte der preussischen Schulverwaltung ist beendet. Annähernd 40 Beamte, in der Mehrzahl treue Republikaner, sind bis jetzt von der schwarz=weiss=roten Gewalt erfasst worden. Annähernd die gleiche Zahl wird zum 1. Februar auf die Strasse gesetzt werden.

In der ersten Etappe des Rachefeldzuges mussten durchweg Beamte der höheren Schulverwaltung ihre Gesinnung mit der Amtsenthaltung bezahlen. In der zweiten Etappe werden insbesondere Beamte der Volksschulverwaltung aus dem gleichen Grunde in die Wüste geschickt. Allen sagen die deutschnationalen Kommissare wie zum Hohn Dank und Anerkennung für "treue Pflichterfüllung".

Das Bedürfnis, auch die Öffentlichkeit über ihre "Säuberungsaktion" - wie es in der deutschnationalen Presse heisst - zu unterrichten, haben die schwarz=weiss=roten Henker bis jetzt nicht gehabt. Wahrscheinlich weil mit dem gleichen Augenblick zwischen ihrer angeblichen Sachlichkeit und der Wirklichkeit ihres Handelns, ein Widerspruch klappt, der jedem die Parteiuchwitz schafft der "grundsätzlich neuen Staatsführung" der Preussenkommissare deutlich vor Augen führen wird. Sie selbst behaupten und lassen finanzielle Gründe als Ursache für ihren Rachefeldzug kolportieren. Wir kennen diese Mär! Sie offenbart sich darin, dass heute wie früher an die Stelle der gemassregelten Republikaner zum grossen Teil deutschnationale Parteiuchbeamt treten sollen, und wenn die "überparteilichen" Partei=Kommissare es wünschen, offerieren wir ihnen noch heute eine Liste, auf der ihre Anwärter für die frei gewordene und noch frei werdenden Stellen verzeichnet sind.

Die Methode, Republikaner zu massregeln, um deutschnationale Parteiuchbeamt an ihre Stelle zu setzen, steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen. Sparen kann keiner Regierung verwehrt werden, aber "sparen, um auf diese Weise den Weg für eine Futterknippenpolitik freizumachen, ist eine Methode, die wir nicht länger dulden werden. Noch gibt es Mittel und Wege, die dieser Sorte Staatspolitik Einhalt zu gebieten vermögen.

SPD. Paris, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

In Barcelona ist ein grosses Waffendepot entdeckt worden. Gefunden wurden u.a. tausend Bomben und fünfzig Kilo Dynamit. Die Entdeckung erfolgte durch die Explosion einer Bombe. Als die Polizei in das geborstene Haus eindrang, fand sie das Waffenarsenal und eine Bombenfabrik. Vier aus dem Hause flüchtende Personen sind unerkant entkommen.

An andern Stellen der Stadt sind ebenfalls Waffenlager aufgestöbert worden. Die Regierung hat Dokumente, aus denen ein am 1. Januar geplanter Aufstand ersichtlich sein soll. Ob er von monarchistischer oder syndikalistischer Seite inszeniert werden sollte, ist bei der Fülle der widersprechenden Nachrichten noch nicht ersichtlich.

Aus aller Welt

Panoptikum der Zeit

Ein neuer Beruf.

In einer kleinen holsteinischen Stadt berichtete das Lokalblatt: "Der Stadtrat beschloss, einen Hydranten aufzustellen." Am nächsten Tag traf im Magistrat folgender Brief ein: "Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie ich aus der Zeitung ersehe, beabsichtigen Sie, in unserer Stadt einen Hydranten aufzustellen. Da ich unbescholten und arbeitswillig bin, erlaube ich mir, mich um den Posten des Hydranten zu bewerben."

+

Landwirtschaft 1932/33

Einem Regierungsbeamten, der sich auf der Inspektionsreise durch den Bayerischen Wald befand, klagte ein Kleinbauer sein wirtschaftliches Leid. Der Beamte notierte sich Punkt für Punkt. Schliesslich aber schüttelte er den Kopf und fragte: "Sagen Sie, wie ist es denn überhaupt möglich, dass Sie unter diesen Umständen den Hof noch halten können?" Der Bauer zeigte auf seinen Knecht: "Sehen Sie, dieser Kerl arbeitet für mich. Aber ich kann ihn nicht bezahlen, und so geht der Hof nach ungefähr zwei Jahren in seinen Besitz über." - "Ja, und dann?!" - "Dann arbeite ich für ihn als Knecht, bis der Hof wieder mir gehört..."

+

Deutsche, kauft deutsche Waren

Wie jetzt bekannt wird, hat die Mehrzahl der Solinger Rasierklingen-Fabrikannten die Fabrikation ins Ausland verlegt. Die Steuerbelastung soll dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben. Der Patriotismus unserer Industriellen, die doch so dringend den Konsum deutscher Waren fordern, scheint nicht sehr weit zu gehen.

+

Faschismus und Mode

Wenn die schöne Italienerin patriotisch sein will, dann muss sie ihr Haar so verunstalten, wie es ein faschistisch übergeschnappter Friseur in Rom ausgeheckt hat. Er erfand nämlich die Methode, wie man aus dem natürlichen Kopfschmuck das Symbol des Faschismus, das Liktorenbündel mit Beil und Rute bildet. Es sieht natürlich scheusslich aus - aber der Friseur ist auf dem Wege, Millionär zu werden, denn wer getraut sich in Italien, nicht patriotisch zu sein?

+

Der arme Reiche

In einer grossen englischen Tageszeitung erschien folgende "erschütternde" Briefkasten-anfrage: "Ich bin 62 Jahre alt, habe ein ständiges Jahreseinkommen von 10.000 Pfund, habe ein Schloss mit märchenhaft schönem Park. Das Vermögen aber macht mir gar keinen Spass, denn ich finde in dem Geld allein nicht das richtige Glück im Leben. Mein Dasein als Millionär befriedigt mich nicht. Ich fühle mich trotz meines Reichtums einsam. Meine Frau und mein Sohn sind zur Erholung weggefahren. Drei Personen meiner Dienerschaft sind in Urlaub, der vierte Diener hat sich krank gemeldet und liegt im Bett. Seit zwei Wochen läutet das Telephon nicht mehr. Was habe ich von meinem Gelde, wenn ich stets einsam

und verlassen bin? Vielleicht kann jemand von Ihren Lesern mir einen Rat geben..."

Wir schlagen vor: der arme Millionär wechselt seinen Beruf und wird Stempelbruder. Vielleicht ist ihm dann wohler.

+

Statistik des Schmuggels

Das Kölner Landesfinanzamt gibt bekannt, welchen ungeheuren Umfang der westdeutsche Schmuggel angenommen hat. In einem einzigen Vierteljahr wurden 8 000 Schmuggler an der Westgrenze gefasst, 10 000 Strafanzeigen wurden erstattet. U.a. konnten die Beamten drei Millionen Zigaretten, 26 000 Kilo Kaffee, 65 000 Kilo Zucker, 24 000 Kilo Getreide und 30 000 Kilo Mehl beschlagnahmen. Wie gross mag erst die Statistik der nichtgefassten Schmuggler und Schmuggelwaren sein?

+

Die Chamäleon-Presse

In Siam werden die Tageszeitungen nur am Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend auf weissem Papier gedruckt; am Montag jedoch auf gelbem, am Donnerstag auf grünem, am Sonntag auf rosa Papier. Man müsste dieses System zwangsweise in Deutschland einführen - für solche Blätter, die bisher nur inhaltlich dauernd die Farbe gewechselt haben.

+

Die rettende Grenze

In Offleben, im braunschweigischen Kreis Helmstedt, pfändete der Gerichtsvollzieher bei einem Bauern zwei Schweine und klebte zum Zeichen dieser Amtshandlung seinen Kuquack an die Tür des Schweinestalls. Als der Versteigerungstermin herannahte, wollte der Gerichtsvollzieher die Schweine abholen. Aber sie waren verschwunden. Der Bauer hatte sie längst geschlachtet, gegessen, verkauft verwurstet...

Der arme Bauer schien unrettbar dem Strafgesetz verfallen. Aber er machte sich gar keine Sorgen über den Prozess, den man gegen ihn angestrengt hatte. Und in der Tat konnte er im Termin ein Argument vorbringen, das sogar dem Amtsanwalt einleuchtete: er erbrachte den Nachweis, dass sein Wohnhaus zwar noch zu Braunschweig, sein Schweinestall jedoch schon zu Preussen gehöre! Die Grenze der beiden Länder führt mitten durch sein Gehöft. Der Gerichtshof konnte sich dieser Beweisführung nicht verschliessen, und in der Begründung des Freispruchs hiess es, ein Gerichtsvollzieher des Freistaates Braunschweig habe in einem preussischen Schweinestall nichts zu suchen.

Ela.

+

+

+

Blitzzug-Panne. Am Freitag fand eine Pressefahrt des "Fliegenden Hamburgers" auf der Strecke Berlin-Hamburg und zurück statt. In einer Begrüssungssprache teilte Reichsbahndirektor Dorpmüller mit, dass man die Geschwindigkeit des Schnelltriebwagens nicht über 150 Stundenkilometer steigern, weil bei Regellären Fahrten auf alle diejenigen Züge Rücksicht genommen werden müsse, die gleichzeitig unterwegs seien. Der Kruckenberg-Wagen habe nur deshalb eine Geschwindigkeit von 230 Kilometer fahren können, weil vorher die Strecke besonders freigemacht worden sei.

Unterwegs widerfuhr dem Zug ein kleines Missgeschick. Hinter Wittenberge wurde die Bremsleitung undicht und brachte den Wagen automatisch zum Halten. Ein Streckenwärter bekundete, dass die hintere Achse übermässig starke Rauchentwicklung gezeigt habe. Der Schaden war nach kurzer Zeit behoben. 138 Minuten nach seiner Abfahrt in Berlin traf der Schnelltriebwagen in Hamburg ein.

+

+

+

Amok. In Forthuachuca (Arizona, USA) wurde ein Negersoldat plötzlich irrsinnig, schoss besinnungslos um sich und tötete dann in einem regelrechten Amoklauf vier Personen. Der Irrsinnige wurde erschossen.

Todesweihnachten. In Miskolcz (Ungarn) zündeten drei Kinder eines Landwirts die Kerzen des Christbaums an: der Baum fing Feuer und setzte das Zimmer in Brand. Zwei der Kinder kamen in den Flammen um, das Leben des dritten Kindes ist gefährdet.

Eine halbe Million unterschlagen. Der Vorsteher der privaten Gesellschaft "Postreklame Köln" und dessen Stellvertreter wurden unter der Beschuldigung verhaftet, in den letzten Monaten 500 000 Mark unterschlagen zu haben.

Die Beleidigten. Nationalismus und nationaler Sparsinn haben in der irischen Hauptstadt Dublin einen seltsamen Konflikt ausgelöst. Im Gefängnis Mount Jouy in Dublin wurde der irische Brudermörder Patrick McDermott von einem aus England bestellten scharfrichter hingerichtet, weil die zuständigen Behörden der Meinung sind, dass es billiger sei, nötigenfalls den englischen Henker kommen zu lassen als einen irischen, der nicht allzu viel zu tun hätte, ein Jahre gehält auszuzahlen. Die irischen Nationalisten sind über diese Sparsamkeit sehr bekümmert. Sie führten seit langem eine Kampagne gegen die Hinrichtung McDermotts - zuletzt mit Demonstrationen; auf den mitgeführten Schildern war u.a. zu lesen: "Iren beschäftigen englische Henker. Ist das Gerechtigkeit? Ist das Freiheit?"

Ein Post-Segelflug. Der Segelflieger Kronfeld beabsichtigt Ende Januar einen Post-Segelflug von Wien nach dem 800 Meter höher gelegenen Semmering. Zu Beginn des Fluges will sich Kronfeld durch ein Motorflugzeug 5 000 Meter hochschleppen lassen und dann allein "lossegeln".

Matuschka nach Ungarn. Am 31. Dezember wird der in Oesterreich zu sechs Jahren Kerker verurteilte Eisenbahnattentäter Sylvester Matuschka an die ungarischen Behörden ausgeliefert. In Ungarn soll gegen Matuschka die Voruntersuchung wegen des Verbrechens von Bia Torbogy abgeschlossen werden: zahlreiche Einzelheiten bedürfen noch der Aufklärung, ausserdem soll am Tatort ein Lokaltermin stattfinden. Etwa 500 Zeugen sollen Matuschka gegenübergestellt werden. Matuschkas Auslieferung an Ungarn erfolgt nach dem österreichischen Auslieferungsgesetz unter der Bedingung, dass ein Todesurteil gegen ihn nicht vollstreckt wird.

Die Abreise Matuschkas aus Wien erfolgt unter starker Bedeckung von ungarischen Kriminalbeamten, denen mehrere österreichische Kriminalisten zugeteilt werden. Matuschka wird in einem Sonderzug bis zur Grenzstation Bruck-Kiralyhida gebracht werden, wo ihn ein starkes Gendarmerieaufgebot erwartet. Die starke Bedeckung erfolgt, weil die ungarischen Behörden einen Lynchversuch der Bevölkerung an dem Attentäter befürchten.

Die von der deutschen Polizei zur Aufklärung des Jüterbogger Attentats ausgesetzte Belohnung wird nach Abschluss der ungarischen Untersuchung verteilt. Die deutsche Polizei hat die von ihr ausgesetzte Summe bereits nach Ungarn überwiesen, da hier die ersten wesentlichen Spuren, die später zur Aufklärung des Verbrechens führten, festgestellt worden sind. Tausende hatten Ansprüche angemeldet.

Brandkatastrophe. In Zell an der Mosel wurden durch Grossfeuer fünf Wohnhäuser mit grossen Getreide- und Heuvorräten vernichtet.



Rohstoffmärkte Anfang 1933.

Getreideprotektionismus lähmt.- Verschlechterungen am Baumwollmarkt.- Unwirksames Zuckerkartell.- Krieg auf dem Kupfermarkt.

SPD. Angesichts der Bedeutung der grossen Warenmärkte für die Weltwirtschaft und den Konjunkturverlauf ist schon die Frage berechtigt, wie sich diese Märkte zu Anfang des neuen Jahres gestaltet haben. Das beste Kennzeichen ist natürlich die Preisentwicklung. Hier kann man nur sagen, dass in recht vielen Fällen die Preise jetzt von dem Tiefstand des Sommers weniger entfernt sind als von den Preisen im Früherbst, während der plötzlichen Rohstoffhausse.

An den Getreidemärkten ist in der zweiten Dezemberhälfte ein neuer Rückschlag eingetreten. Die Bewegung ging von Kanada aus; charakteristisch ist, dass sie sich rasch und widerstandslos durchsetzen konnte. Man begründet diese Entwicklung mit den guten Ernten auf der südlichen Halbkugel, also mit dem argentinischen und australischen Wettbewerb. Besonders hat das australische Angebot den Markt gelegentlich stark verstimmt. Entscheidend ist aber wohl die immer noch zunehmende künstliche Zurückdrängung der Nachfrage in europäischen Zuschussländern. Deutschland spielt dabei eine besondere Rolle. Schon deshalb, weil in Deutschland einer Rekorderte ein ziemlich abgesunkener Schweinebestand gegenübersteht. Das übt einen Druck auf die Getreidepreise aus. Die amtliche Preisstützung stösst auch auf grösste Schwierigkeiten und musste, um den Preisstand nur einigermaßen zu halten, in den letzten Wochen grosse Mengen aufnehmen. Roggen kostet z.B. zur Zeit in Westfalen weniger als in Berlin, während in normalen Zeiten Westfalen aus Ostdeutschland mit Roggen versorgt zu werden pflegt.

Recht ungünstig ist die Lage am Baumwollmarkt. Nach den jüngsten Statistiken hat der Baumwollverbrauch um eine Kleinigkeit zugenommen. Aber die niedrigen amerikanischen Ernteschätzungen mussten in einer Weise "berichtigt" werden, die mit politischen Gründen (Präsidentenwahl!) erklärt wird. Vor der Wahl schätzte das amerikanische Ackerbauamt die Baumwollernte auf 11 3 Millionen Ballen; die Schlusschätzung, sechs Wochen nach der Wahl, lautete auf 12,9 Millionen Ballen. Diese Korrekturen müssen auf das Wahlwetter und nicht auf günstiges Erntewetter zurückgeführt werden.

Der Wollmarkt liegt, wie im ganzen Jahre, viel gleichmässiger. Die Preise haben, in englischer Währung gerechnet, nur um schätzungsweise 15 % gesunken. Sie sind also, da das englische Pfund im Laufe des Jahres stark gesunken ist, abgeglitten; aber das hat die Gesamtlage des Marktes, dessen Hauptzeuger und Hauptabnehmer im Gebiet des englischen Pfundes sitzen, verhältnismässig wenig beeinflusst. Diese Entwicklung zeigt recht deutlich die grösse Bedeutung Grossbritanniens für die Weltwarenmärkte und für die Weltkonjunktur.

Noch trüber erscheinen die Kolonialwarenmärkte. Hier haben die Versuche, den Markt durch kapitalistische Kartellierung zu regeln, zu einem regelrechten Chaos geführt. Das internationale Zuckerkartell ist gegenwärtig ohne Wirkung; die Zuckerpreise sind auf einen neuen Tiefstand gesunken, obgleich

die europäischen Ernten verhältnismässig gering ausgefallen sind und die kubanische Ernte weiter scharf, auch durch Unwetter, gedrosselt wurde. Die Menschheit kann infolge gesunkenen Einkommens weit weniger Zucker verbrauchen als früher. Im übrigen befürchtet man, durch eine bevorstehende Lockerung des Alkoholverbots in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, einen Rückgang im Verbrauch von nichtalkoholischen Getränken, deren Herstellung sehr viel Zucker erfordert. Trotz der schlimmen Erfahrungen mit dem internationalen Zuckerkartell hat sich in der letzten Zeit einer der schroffsten Verteidiger privatwirtschaftlicher Anschauungen, Holland, zum Zwangskartell bekehrt. Das alte Zuckerkartell in Java, das auf freiwilligem Zusammenschluss beruhte, ist durch ein Zwangskartell ersetzt worden. Auch in der Gummiproduktion soll, ebenfalls mit holländischer Hilfe, eine gesetzliche Einschränkung des Zapfens angestrebt werden, obwohl es zweifelhaft ist, ob man eine solche Einschränkung durchführen kann. Der Gummimarkt hat auch von der Herbsthaussse wenig mitbekommen und liegt gegenwärtig recht gedrückt.

Dagegen hat Brasilien seine Herrschaft über den Kaffeemarkt während des ganzen Jahres aufrecht erhalten können und selbst die "Kaffee-Revolten" vom Sommer 1932 sind vorerst zu seinen Gunsten ausgeschlagen. Der im Verlauf dieser Revolten stark gesteigerte Preis ist in den grossen Verbrauchsgebieten nur ganz allmählich wieder auf den vorigen Stand abgesunken und hat ihn bisher kaum unterschritten. Die Zukunftsaussichten sind allerdings, trotz eines neuerdings verschärften Anpflanzungsverbots, besonders unsicher.

Soweit die Metallmärkte in Frage kommen, sehen der Zinkmarkt und in etwas geringerem Grade auch der Bleimarkt verhältnismässig gesund aus. Anders liegt es beim Zinn, wo der Zinnpool nur mit Mühe die Stützung durchführen kann; trotz schärfster Produktionseinschränkung haben die Bestände nur sehr unwesentlich abgenommen. Auf dem Kupfermarkt verschärfen sich die englisch-amerikanischen Auseinandersetzungen. Trotz der schlechten Preise, die wohl kaum die Gesteungskosten decken dürften, dehnt die afrikanische Erzeugung, der belgische Kongo und die angrenzenden Gebiete, ihre Förderung aus. Die ganze Entwicklung lässt sich auch nur vom Standpunkt der englischen Metallpolitik beurteilen, die unter allen Umständen die im und nach dem Krieg verlorene Souveränität wieder erobern will.

SPD. Zwischen Ruhr und Rhein ist eine millionenschwere Transaktion durchgeführt worden, die offenbar als Auftakt zu einer neuen Kohlen-Elektroverschmelzung gedacht ist. Das RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.G.) in Essen, der Strombeherrscher Westdeutschlands, hat ein Paket von 21 Millionen Mark Aktien des Rheinischen Braunkohlenkonzerns erworben, das sich bisher in Besitz der Flickschen Charlottenhütte befand. Bei einem Kurs von rund 200% haben die Aktien einen Wert von 42 Millionen Mark. Der Kaufpreis wird in RWE-Aktien bezahlt.

Wie wir dazu erfahren, denkt man in der Verwaltung des RWE an weitere Käufe von Aktien der Rheinischen Braunkohle, um sich die Mehrheit des Aktienkapitals, das knapp 73 Millionen Mark beträgt, zu sichern. Die erste Folge dieser gewaltigen Expansion wird ein Zusammenschluss sämtlicher zum Rheinischen Braunkohlenkonzern gehörenden Elektrizitätswerke unter Führung des RWE sowie eine enge Arbeitsteilung zwischen den rheinischen Braunkohlenzechen sein. Das RWE besitzt bereits in der Roddergrube eine der fündigsten und gewinnreichsten Braunkohlenvorkommen im Rheinlande.

An der Berliner Freitagbörse bildete dieser Interessenkauf die Sensation des Tages. Die Aktien des RWE stiegen sprunghaft von 88 auf 93,5 Prozent, so dass der Kurs des RWE in den letzten sechs Tagen um fast 12 Punkte gestiegen ist. Auch Rheinische Braunkohle, die in kurzer Zeit von 185 auf 200 Prozent geklettert ist, konnte an der Freitagbörse ihren Kurs bis auf 203 Prozent erhöhen.

Man vertritt an der Börse den Standpunkt, dass mit dem Zusammengehen RWE-Rheinische Braunkohle eine neue Fusionsepoche an Ruhr und Rhein eingeleitet wird.

Man kann annehmen, dass hinter der Riesenaktion in der westdeutschen Wirtschaft vor allem Paul Silverberg steckt, der vor einigen Monaten die Nachfolge des verstorbenen Grossfinanziers Louis Hagen angetreten hat. Silverberg beherrscht aber neben der Rheinischen Braunkohle zugleich einen der grössten Steinkohlenkonzerne in Westfalen, die Harpen A.G., die technisch ganz vorzüglich ausgerüstet ist. Andererseits liegt ein grösseres Aktienpaket von Harpen bei der Rheinischen Braunkohle. Es ist nur natürlich, dass die neue Kombination RWE-Rheinische Braunkohle auch diese Basis im eigentlichen Kohlenggebiet benutzt. So gesehen ergibt sich ein Mammut-trust, der in der Gross- und Kleinbelieferung mit Elektrizität gipfelt, Strassenbahnen usw. betreibt und für die Erzeugung der weissen Kraft beliebig Stein- und Braunkohle und auch Wasser heranziehen kann; denn das RWE hat schon seit langer Zeit in der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft Fuss gefasst und führt die Elektrizität auf mächtigen Stromschienen nach Deutschland. Die Aktion hat auch noch eine andere Seite. Durch die Kombination RWE mit der Rheinischen Braunkohle und dem Harpenkonzern wird die öffentliche Hand, in der Hauptsache die im RWE verbotenen westfälischen und rheinischen Gemeinden, ganz gewaltig zurückgedrängt. Das RWE wird immer mehr in die rein privatkapitalistische Atmosphäre einbezogen.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstiger Bedarf) ist im Durchschnitt des Monats Dezember 1932 um 0,3 v.H. auf 118,4 (gegenüber 118,8 im Vormonat) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexziffern für Ernährung um 0,5 auf 109,0, Bekleidung um 0,7 v.H. auf 112,4 und sonstiger Bedarf um 0,5 v.H. auf 163,2. Die Indexziffer für Wohnung ist mit 121,4 unverändert, die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 136,6 nahezu unverändert geblieben.

Berliner Viehmarkt.

(30. Dez.)

SPD. Die Märkte waren, mit Ausnahme des Kälbermarkts, nicht genügend besetzt. Der Auftrieb auf dem Schweinemarkt z.B. betrug nur wenig über 5 000 Tieren. Der Handel entwickelte sich glatt mit anziehenden Preisen. Nur auf dem Kälbermarkt war schleppendes Geschäft. Die Preise gaben hier in allen Klassen nach.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund -, b. 240 bis 300 Pfund 39-40 (38-39), c. 200 bis 240 Pfund 37-40 (36-38), d. 160 bis 200 Pfund 36 - 37 (31-36), e. 120 bis 160 Pfund 33-35 (32-33), Sauen 35-37 (33-35), Schafe: a. 33 (30), b. 30-32 (28-29), c. 27-29 (25-27), d. 20-25 (14-24). Kälber: b. 35-40 (37-45), c. 23-33 (25-35), d. 16-32 (17-24). Kühe: a. 23-25 (21-23), b. 19-21 (18-20), c. 16-18 (15-17), d. 12-15 (10-14).

SPD. Die Unsinnigkeiten unserer Zuckerwirtschaft zeigt deutlich der Abschluss der grössten süddeutschen Zuckerfabrik, der Süddeutschen Zucker A.G., die mit einem Kapital von 30 Millionen Mark ausgerüstet ist. Die verarbeitete Rübenmenge hat sich bei diesem Unternehmen gegenüber dem Vorjahre fast halbiert, der Reingewinn ist aber gestiegen. Diese Entwicklung zeigt, dass in der Zuckerwirtschaft vieles nicht in Ordnung ist, dass sich vor allem die überhöhten Richtpreise für Zucker schädlich auswirken.

Das Unternehmen gibt an, dass die Abmachungen im Rahmen des internationalen Zuckerkartells nicht wirksam geworden seien. Sie werden wohl kaum wirksam werden, da das Kartell seit langem dabei ist, regelrecht auseinanderzufallen. Auch die Kontingentierung in Deutschland, die den Rübenanbau um ein Drittel beschränkt hat, habe nicht den erhofften Erfolg gezeitigt. Während man nämlich kontingentierte, ist der Zuckerverbrauch infolge des gedrosselten Einkommens und der hohen Preise um fast 13% zurückgegangen. Die Süddeutsche Zucker A.G. führt diese Entwicklung auf die hohe Zuckersteuer zurück. Das kann man nicht bestreiten; aber das Unternehmen vergisst hinzuzufügen, dass die hohen Richtpreise für Zucker den Verbrauch noch mehr drücken als die Zuckersteuer. Eine Entlastung des Verbrauchs muss erfolgen, sowohl durch eine Ermässigung der Zuckersteuer als auch durch eine Heruntersetzung der Zuckerrichtpreise.

Angesichts des Konsumrückgangs und der überhöhten Zuckerpreise wirkt die Ertragsrechnung des Unternehmens geradezu aufreizend. Die Süddeutsche Zucker A.G. hat ihre Abschreibungen um rund 400 000 Mark auf 1,3 Millionen Mark erhöht. Bei einem von 3,43 Millionen Mark auf 3,9 Millionen Mark gestiegenen Rohgewinn errechnet sich, wobei die stillen Reserven unberücksichtigt bleiben, einen von 4,29 Millionen Mark auf 4,49 Millionen Mark gesteigerten Reingewinn.

Daraus werden acht Prozent Dividende gezahlt. Ausserdem verbleibt ein Gewinnvortrag von 2,1 Millionen Mark, während im vorigen Jahre nur 1,9 Millionen Mark vorgetragen wurden.

SPD. Die Schweinezählung vom 1. Dezember 1932 hat für den Freistaat Preussen einen Bestand von 15,55 Millionen Tieren ergeben gegenüber 16,23 Millionen Tieren am 1. Dezember 1931. Binnen Jahresfrist haben sich also die Bestände um 4,1 Prozent vermindert. Der Bestand an trächtigen Sauen ist nur um 0,1 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Jungsauen hat sich gering vermehrt. Für die trächtigen Jungsauen ist aber eine Steigerung um 7,7 Prozent festzustellen.

Eine Vermehrung der Bestände wird für Niederschlesien und Brandenburg ausgewiesen. Für Ostpreussen und Schleswig-Holstein ergeben sich Verminderungen.

SPD. Die schwedischen Konsumgenossenschaften hatten im Jahre 1931 einen Gesamtumsatz von 348 Millionen Kronen. In rund 800 Konsumvereinen sind fast 482 000 Mitglieder zusammengeschlossen. Danach erfasst die schwedische Konsumgenossenschaftsbewegung 30% der Gesamtbevölkerung. Die genossenschaftliche Schuhfabrik stellt täglich 1000 Paar Schuhe her. Der im Jahre 1926 gegründeten Gummischuhfabrik ist es gelungen, die Herrschaft des Gummischuhtrüsts zu brechen und die Schuhpreise um die Hälfte zu senken.

Vor MehlpPreissteigerungen?

(Berliner Getreidebörse vom 30. Dez.)

SPD. Der Angebotsdruck auf den Markt war am Freitag wesentlich geringer. Die Stützungsstellen konnten sich in einer Weise zurückhalten, wie das seit Wochen noch nicht der Fall gewesen ist. Andererseits war private Kauflust zu beobachten. Effektiver Roggen zog um eine Mark an. Am Lieferungsmarkt gewannen die späteren Sichten. Wesentlich war, dass das Mehlgeschäft wieder etwas Leben zeigte. Diese Wendung wollen die Mühlen anscheinend benutzen, um höhere Mehlpreise herauszuholen. Bei vielen Mühlen konnte man am Freitag feststellen, dass sie mit ihren Offerten zurückhielten, da sie erst die Entwicklung abwarten wollen. Für Roggenmehl setzte sich am Freitag eine Erhöhung um 20 Pfennige durch.

	29. Dez. (ab märkische Station in Mark)	30. Dez.
Weizen	187 - 189	188 - 190
Roggen	154 - 156	155 - 157
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrieroggen	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 119	115 - 120
Weizenmehl	23,25-26,25	23,25-26,25
Roggenmehl	19,40-21,60	19,60-21,80
Weizenkleie	8,80- 9,20	8,80- 9,20
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 198 $\frac{1}{2}$ -201 (Vortag 200) März 205 $\frac{1}{2}$ -206 $\frac{1}{2}$ (204 $\frac{1}{2}$), Mai 208 $\frac{1}{2}$ -209 $\frac{1}{2}$ (207 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 166 $\frac{1}{2}$ (165), März 167 $\frac{1}{2}$ -168 (167), Mai 170-170 $\frac{1}{2}$ (169 $\frac{1}{2}$). Hafer Dezember - (-), März 128-128 $\frac{1}{2}$ (126 $\frac{1}{2}$), Mai 130 $\frac{1}{2}$ -130 $\frac{1}{2}$ (129).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen (festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 29. Dezember). A) Inlandseier: Deutsche Handelsklasseneier G 1 (vollfrische Eier) Sonderklasse 10,75, Grösse A 9,75, Grösse B 8,75, Grösse C 8, Grösse D 6,50. G 2 (frische Eier) Sonderklasse 10, A 9, B 8, C 7,50, D 6; deutsche sortierte Eier: vollfrische Sonderklasse 10,25, A 9,25, B 8,50, frische B 8, deutsche unsortierte Eier 9, deutsche abweichende kleine, mittlere und Schmutzeier 6. B) Auslandseier: Dänen und Schweden: 18er 10, 17er 9,50 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8,50, leichtere 6,75-7,25, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten: 18er 9,75, 17er 9,25, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8-8,25, leichtere 6,75-7,25, Rumänen 7-7,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6. C. Kühlhauseier: ausländische: extra grosse 8,50, grosse 7,50-8, Chinesen und ähnliche: grosse 7,75, normale 6,25. Witterung: leichter Frost. Marktlage: abwartend.



Mut, Mut, ihr Herren!

Zum Weltkampf um die Vierzigstundenwoche.

SED. Die Augen der Welt werden auf Genf gerichtet sein, wenn dort am 10. Januar die Vorkonferenz zur Lösung der brennenden Frage der Arbeitszeitverkürzung zusammentritt. Geschehen muss jetzt endlich etwas für die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch bei den deutschen Regierungsstellen hat man nach dem Scheitern der Papenexperimente nun ebenfalls eingesehen, dass nicht nur Arbeitsbeschaffung notwendig ist, sondern auch durch die Einführung der Vierzigstundenwoche der Menschheit, die unter der Geissel der Arbeitslosigkeit stöhnt, ein grosser Dienst erwiesen werden kann. Aber unseren Regierungsstellen fehlt der Mut zur befreienden Tat.

Ministerialdirektor Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium, also ein Mann, der auf dem Gebiet der Arbeitszeitprobleme zu Hause ist, hat im Dezemberheft der "Internationalen Rundschau der Arbeit", die vom Internationalen Arbeitsamt Genf Zweigamt Berlin herausgegeben wird, zur Frage einer internationalen Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen. "Die Vierzigstundenwoche", erklärt Sitzler, "muss als Höchstmass der zulässigen Arbeitszeit ausdrücklich vorgeschrieben werden. Es würde nicht genügen, einen indirekten Druck auf ihre Einführung auszuüben, wie dies namentlich Deutschland mit den Mitteln des Schlichtungswesens und neuerdings auch durch Gewährung von Steuervorteilen getan hat." Sitzler ist also im Grundsatz für die Vierzigstundenwoche. Aber die Farbe seiner Entschlusskraft ist durch tausend Bedenken angekränkt. Er will die Vierzigstundenwoche, aber er will sie anscheinend möglichst nur im Sinne der in Deutschland der Regierung gegebenen Ermächtigung einführen. Überall, wo Schwierigkeiten der Einführung im Wege stehen könnten, will Sitzler von vornherein diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen. Von vornherein denkt er an Ausnahmen und Einschränkungen vielfacher Art. Der Wirtschaft will er für die Einteilung der Vierzigstundenwoche möglichst viel Freiheit geben - wenn man genau zusieht, soviel Freiheit, dass eine Kontrolle der Arbeitszeitverkürzung fast nicht mehr möglich ist. Die Umgrenzung des Geltungsbereichs einer internationalen Vierzigstundenwoche zieht er von vornherein so eng wie möglich. Die kleinen Betriebe will er ausgenommen wissen, die Einbeziehung der Angestellten in ein neues Arbeitszeitverkürzungsüberkommen erscheint ihm bedenklich, und keinesfalls will er öffentliche Beamte einer internationalen Arbeitszeitregelung unterstellt sehen. Auch ist er nicht abgeneigt, unter Umständen die Regelung der Arbeitszeitverkürzung auf einzelne bestimmte Industriezweige zu beschränken, deren Verhältnisse sich genau übersehen lassen.

Es ist nicht unsere Absicht, jetzt hier auf all die von Sitzler vorgebrachten Bedenken und Zweifel im einzelnen einzugehen. Uns kommt es im Augenblick nur darauf an, darauf aufmerksam zu machen, dass die von ihm empfohlene Taktik für die Genfer Verhandlungen uns recht bedenklich erscheint. Sitzler geht, wenn er in Genf die deutsche Regierung vertreten sollte, dorthin mit tausend Bedenken. Wenn man nach Kriegsschluss bei dem Kampf um den Achtstun-

denstag so vorgegangen wäre, wie Sitzler anscheinend vorgehen will - der Achtstundentag wäre nie gekommen. Die vierzigstundenwoche muss in Genf grundsätzlich und allgemein festgelegt werden. Die Menschheit muss sich auf die vierzigstundenwoche einstellen, die Wirtschaft muss sich auf sie umstellen. Natürlich stehen ihrer Durchführung in der Praxis Schwierigkeiten im Wege. Auch die Arbeiterschaft weiss das zur Genüge. Aber diese Schwierigkeiten überwindet man nicht leichter, wenn man sich vornimmt, von vornherein auf alle möglichen Sonderwünsche Rücksicht zu nehmen, wenn man nur auf der Linie des geringsten Widerstandes marschieren will. Mit dieser Taktik verirrt man sich nur in das undurchdringliche Gestrüpp der Interessenkonflikte. Auch wird nie eine Lösung der vierzigstundenfrage kommen, wenn man diese Lösung etwa einzelnen Industriezweigen anheingeben sollte. Man braucht da nur an das Arbeitszeitabkommen für den Bergbau zu denken. Hier liegen die Dinge verhältnismässig einfach, hier handelt es sich nur um ein paar Länder, und in diesen sind die Vorbedingungen für eine rasche Durchführung der Arbeitszeitverkürzung durchaus gegeben. Was geschieht aber? Nichts geschieht für die Durchführung der internationalen Arbeitszeitverkürzung im Bergbau. Wenn nun ähnlich etwa die Textilindustrie die Arbeitszeitverkürzung international regeln sollte - nie käme sie zu einem positiven Resultat. Die einzelnen Industriezweige können das Problem der Arbeitszeitverkürzung bei Sonderlösungsversuchen höchstens komplizieren, eine Vereinfachung des Problems ist von ihnen nicht zu erreichen.

Die einfache grosse Linie der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung - das ist es, was die Welt von Genf erwartet. Sie will von Genf eine ganz klare Kennzeichnung der Marschrichtung. Sie will, dass endlich in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ein entscheidendes Wort gesprochen wird, denn die Zeit ist für die vierzigstundenwoche überreif. Die technische Entwicklung und die Not des Augenblicks verlangen eine Tat. Die Arbeitszeit muss in der Welt heruntergesetzt werden. Die vierzigstundenwoche muss her!

Die deutsche Regierung muss nach Genf gehen mit dem unerschütterlichen Willen, dort um jeden Preis die allgemeine Einführung der vierzigstundenwoche herbeizuführen. Ihre Vertreter müssen nicht nur Sachkenner, sondern auch mutige Leute sein. Pessimisten werden in Genf bestimmt nichts erreichen, sondern nur Männer voll Zuversicht, Männer erfüllt von dem Glauben an den Wiederaufstieg der Menschheit durch sozialpolitischen Fortschritt - nur Männer, die nach Genf gehen mit dem Vorsatz: Und wenn die Welt voll Teufel wäre - der Kampf um die vierzigstundenwoche muss jetzt gelingen.

SFD. Der Deutsche Musikerverband hat dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung 10 Forderungen zur Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Musikerberuf unterbreitet. Der Verband verlangt in erster Linie ein Verbot jeder nebenberuflichen Musikalität aller in öffentlichen Diensten stehenden Personen, Anrechnung jedes Musikverdienstes auf alle aus öffentlichen Kassen bezahlten Pensionen und Wartegelder, durchgreifende Massnahmen gegen Schwarzarbeit und Doppelverdienerei, scharfe Beschränkung der Arbeitsgenehmigung für ausländische Kapellen in Kaffeehäusern, Hotels und sonstigen Unterhaltungsstätten, Meldezwang für freie Stellen im Musikerberuf, Gewährung von Beihilfen an solche Städte, die eigene Theater oder Orchester unterhalten mit der Zwangsverpflichtung, durch Neueinstellung von Musikern die abgebauten Kulturorchester wieder aufzufüllen, Einwirkung auf die Rundfunkgesellschaften, stärker als bisher Kapellen arbeitsloser Musiker zu beschäftigen, Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden, Beseitigung der Berechnung der Lustbarkeitssteuer nach der Zahl der beschäftigten Musi-

ker, Steuermilderung bei Beschäftigung arbeitsloser Musiker und Einwirkung auf den Musikerschutzverband, bei nachweislicher Beschäftigung arbeitsloser Berufsmusiker eine erhebliche Ermässigung der Musikaufführungsgebühren eintreten zu lassen.

Der Deutsche Musikerverband betont ausdrücklich, dass er sich mit seinen Forderungen durchaus im Rahmen des Möglichen gehalten habe.

SPD. Im Verwaltungsbetrieb der I.G. Farbenindustrie A.G. wird ab 1. Januar die Fünftagearbeitszeit ohne Gehaltskürzung eingeführt. Der Sonnabend bleibt dienstfrei. An den übrigen Wochentagen wird von 8 Uhr 30 bis 17 Uhr gearbeitet. Bisher dauerte die Arbeitszeit in der Woche von 8 Uhr 30 bis 16 Uhr 30.

SPD. Die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken hat den Manteltarifvertrag für die deutsche Flaschenindustrie zu Ende März gekündigt. Abänderungsanträge sind von der Vereinigung bis jetzt noch nicht vorgelegt worden. So weit man sieht, sollen vor allem Verschlechterungen bei den Urlaubsbestimmungen wie auch bei der Zuschlagsregelung für dreischichtige Betriebe eintreten.

Die Arbeitnehmer werden sich zu wehren wissen. Auch werden sie zum Zweck von Neueinstellungen Verkürzung der Arbeitszeit vorschlagen.

SPD. Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes hat der Reichsregierung sowie den gesetzgebenden Körperschaften und anderen öffentlichen Stellen eine Denkschrift über sozialpolitische Gegenwartsforderungen der Angestellten überreicht. Wir entnehmen der Denkschrift folgende bemerkenswerte Feststellungen und Forderungen:

Ueber eine halbe Million Angestellte der verschiedensten Berufsgruppen ist im Jahresdurchschnitt 1932 ohne Arbeit gewesen. Davon erhält über ein Drittel überhaupt keine Unterstützung. Alle bisherigen Versuche, eine Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten herbeizuführen, sind gescheitert. Die Tarifgehälter der Angestellten sind fürchterlich gekürzt worden. Selbst die Gehälter der vollbeschäftigten Angestellten liegen heute um rund 40 v.H. unter dem Gehaltsniveau des Jahres 1929. Durch die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts wurde den Angestellten der Anspruch auf ihre vollen Monatsgehälter im Falle von Kurzarbeit genommen. Nach den Erhebungen des AFA-Bundes arbeitet gegenwärtig ein Drittel aller Angestellten kurz; die Lebenshaltung der von der Kurzarbeit Betroffenen ist unerträglich gesenkt.

Der AFA-Bund fordert die unbedingte Sicherung der geltenden Kündigungs-schutzbestimmungen gegen jeden Versuch einer Verschlechterung oder Umgehung, Einführung eines Abkehrgeldes sowie der Melde- und Einstellungspflicht, ferner gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Wochenstunden, äußerste Einschränkung jeder Ueberarbeit, gesetzliche Festsetzung hoher Ueberstundenzuschläge zu Gunsten der Arbeitslosen, Verbot der Doppelarbeit durch Beamte und Bezieher auskömmlicher Pensionen, Verbot einer Gehaltskürzung im Falle von Kurzarbeit vor Ablauf der Kündigungsfristen für den Angestellten und Zulässigkeit von Kurzarbeit nur auf tariflicher Grundlage.

In der Frage des Arbeitslosenschutzes schliesst sich der AFA-Bund den Forderungen der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen an. Einen besonderen Abschnitt der Denkschrift nimmt die Angestelltenversicherung ein.

In ihm wird darauf hingewiesen, dass den Angestellten durch den Abbau der Leistungen ein besonderes Unrecht zugefügt wurde, da die Angestelltenversicherung finanziell gesund ist. Die Denkschrift verlangt die Aufhebung der sachlich in keiner Weise berechtigten Leistungsver schlechterungen in der Angestelltenversicherung und die sofortige Inangriffnahme des Neuaufbaus der Wanderversicherung nach den Vorschlägen des AfA-Bundes.

SPD. Die kommunistischen Lügenbeutel haben dieser Tage in ihrer Presse unter der bei ihnen so beliebten Überschrift "Neue Streiksiege" folgende Mitteilung gebracht: "In der Stadtbachspinnerei Augsburg wurde eine Abteilung wegen Maschinendefekt nach Hause geschickt, wodurch ein Lohnverlust von zweieinhalb Stunden entstand. Unter Führung der RGO legten daraufhin die Arbeiterinnen am nächsten Morgen die Maschinen still und demonstrierten geschlossen zur Direktion. Damit erkämpften sie einen Zuschlag von 6 Prozent. Hierzu wird dem Deutschen Textilarbeiterverband aus Augsburg gemeldet: Der Maschinendefekt ereignete sich gegen 8 Uhr; um halb 11 Uhr konnte die Arbeit wieder aufgerommen werden, da der Schaden inzwischen behoben war. Am andern Tag liess man, bevor der Betrieb anlief, in der in Frage kommenden Abteilung ca. 5 Minuten die Maschinen stehen; man wollte wissen, was für die Ausfallszeit bezahlt werde. Es wurde mitgeteilt, dass eine Bezahlung nicht erfolge, worauf man unter Führung der RGO die Maschinen widerstandslos anlaufen liess.

Der Zuschlag von 6% hängt mit dem Maschinendefekt in keiner Weise zusammen. Er war durch die Einführung einer gröberen Garnsorte bedingt.

Das ist der wahre genau festgestellte Tatbestand. Eine Demonstration vor der Direktion fand nicht statt.

Wäre in der Stadtbachspinnerei keine kommunistische Mehrheit im Betriebsrat, dann hätten die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zweifellos eine Bezahlung der Ausfallszeit durchgesetzt.

SPD. Radikale Systemänderung - das ist die Lösung, die heute in den Ver=
einigten Staaten angesichts der furchtberen Krise immer mehr Anhänger findet. An der Columbia-Universität hat eine Gruppe von Ingenieuren, die seit 10 Jahren besonders eingehend die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und technischer Entwicklung studiert, die Frage, ob eine Wiederankurbelung der Produktion den Ueberschuss an Arbeit beseitigen werde, glatt verneint. Selbst wenn Amerikas Produktion wieder auf den Hochstand von 1929 zurückkehre, könne nicht mehr als die Hälfte der Arbeitslosen rentabel beschäftigt werden. Nur eine radikale Systemänderung, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, straf=
fe Planwirtschaft bei Beschränkung der Arbeitszeit auf vier Stunden könne Amerike aus der sozialen Krise erretten, in die es der aus der Technik ge=

borene Ueberfluss gestürzt habe. Auch der bekannte amerikanische Schriftsteller Theodore Dreiser sieht in seinem Buch "Die Tragik Amerikas" den einzigen Ausweg aus dem Verhängnis in dem Uebergang zur Planwirtschaft.

Der viel geschränkte Sozialismus - nichts anderes kann die Menschheit aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herausführen. Wirtschaft und Arbeit sind Dinge geworden, die alle angehen. Planmässigkeit, Ordnung und Gerech=

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 30. Dezember 1932

x

Heimfahrt.

SPD. Samstagabend. Der letzte Wagen der Linie 9, die die Verbindung zwischen der Stadt und den vorgelagerten Dörfern herstellt, ist stark besetzt. Irgendwo war eine besondere Festlichkeit. Ein Trupp junger Menschen stürmt herein. Burschen und Mädels mit blanken Gesichtern. Sie kommen auch von dem Feste. Ihr Scherzen und Lachen füllt den Wagen mit übermütigem Leben.

Nach ihnen steigen zwei Männer ein. Ein jüngerer mit einem offenen, klaräugigen Jungensgesicht und ein älterer mit etwas müden Zügen. Vater und Sohn. Sie nehmen einander gegenüber Platz. Der Ältere etwas schwerfällig und mühsam, liebevoll unterstützt von seinem Begleiter. Beide sind im festtäglichen Anzug, und es schwingt um sie ein Hauch von Wein und Zigarren.

"Dir hat es doch auch gefallen, Vater?" Und ein froher Blick aus jungen Augen heischt Antwort.

"Ja, es war schön. Sehr schön." Der Alte nickt nachdenklich vor sich hin.

"Du bist müde, Vater.."

"Ja - ich bin so eigenartig müde. Der schwere Wein. Ich bin das doch nicht mehr so gewöhnt". Wie eine Entschuldigung ist sein mattes Lächeln.

"Schlaf ein bisschen; ich wecke Dich, wenn wir am Ziele sind."

Noch ein dankbarer Blick, ein Kopfnicken. Der müde Vater lehnt sich zurück, schliesst die Augen. Langsam sinkt ihm das Kinn auf die Brust. Der Hut rutscht ihm tief in die Stirn. Auf seinen ruhenden Händen tanzen hüpfende Lichter.

Die Strassenbahn rattert in die Nacht. Vorbei an kleinen Bergmannshäusern, die in tiefem Schatten liegen, über Brücken und durch Bahnunterführungen.

Der Alte schläft. Ab und zu gibt es einen Ruck durch seinen Körper, wenn der gleichmässige Takt der Räder durch ein Bremsen, ein Halten, unterbrochen wird.

Der Junge schaut hinaus ins Dunkel. Fauchende Autos mit grellweissen Scheinwerfern geistern durch den Nebel. Die Bäume rechts und links an der Strasse werfen blasser, dürre Schatten, und das Licht der hohen Bogenlampen ist wie durch einen weichen, zarten Schleier verhüllt.

Das junge Volk ist inzwischen ausgestiegen. Im hinteren Teile des Wagens debattieren ein paar ältere Männer über die letzten politischen Ereignisse.

Der Junge schaut nach der Uhr. Die nächste Haltestelle. Noch zwei Minuten. - Der Schaffner ruft die Station aus. Es tut dem Jungen leid, dass er den Vater jetzt wecken muss. Aber sie sind dann ja schnell zu Hause, und morgen kann der Vater sich ausruhen.

"Vater, - komm, wir sind da!"

Der Alte rührt sich nicht.

Der Junge schüttelt den Vater an den Schultern. "Vater, wir müssen doch aussteigen!" -

Nichts.

"Vater! - - Vater!"

Die Fahrgäste werden aufmerksam. Der Schaffner kommt hinzu. Der Alte sitzt steif und unbeweglich. Der Sohn versucht, ihn hochzuheben, packt ihn an.

den Armen. Schwer und kraftlos fällt der Körper nach vorn. Fahrgäste springen herbei, heben ihn auf. Eine kurze Untersuchung: - Er atmet nicht mehr. Tot.

Ohne einen Laut, ohne einen Seufzer und ohne ein Stöhnen ist er eingeschlafen im Lärm der vollbesetzten Elektrischen, um nie mehr aufzuwachen.

Der Junge steht hilflos da, blass bis in die Lippen, mit entsetzten Augen. "Was - was ist denn das....?" stammelt er vor sich hin.

Vier Männer haben den Toten hinausgetragen. Schwer und dunkel liegt er am Rande der Strasse. Eine trübe Laterne wirft ihr fahles Licht auf die Gräser am Rain, die mit silberweiss glitzernden Raureisperlen besetzt sind.

"Fertig!" ruft der Schaffner. Der Wagen setzt sich wieder in Bewegung. Er hat schon vier Minuten Verspätung...

Der Junge aber, im feiertäglichen Anzug mit der festlichen Blume im Knopfloch, torkelt wie ein Betrunkener hinter den vier Männern her, die ihm den toten Vater vorantragen. Den toten Vater, der ihn vor einer halben Stunde noch anlächelte: "Ja, es war schön, - sehr schön."

Lisel Kaul (Saarbrücken.)

Heimkehr aus Los-Angeles.

SPD. In Saalburg bereiteten sich grosse Dinge vor. Die Provinzblätter hatten mitgeteilt, einer der im letzten Sommer aus Amerika heimgekehrten Olympiakämpfer, der geborener Saalburger sei, wolle seiner Heimatstadt in den nächsten Tagen einen Besuch abstatten. Ergänzend berichtete der "Saalburger Bote", der Besuch des Sportshelden, der seit zehn Jahren in Berlin ansässig und den meisten Einwohnern des Städtchens nur noch dem Namen nach bekannt sei, werde am kommenden Sonnabend erfolgen. Der Aufsatz des Blattes schloss mit dem Aufruf: "Saalburger Bürger! Empfangt euren grossen Sohn würdig! Gebt reichlich für die Sammlung zu Ehren Fritz Niebergalls, des Olympiasiegers!"

Der Aufruf trug reiche Früchte. Der Gemeinderat unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters beschloss, den erklecklichen Betrag der Sammlung zum Ankauf einer schweren goldenen Uhr mit eingraviertem Widmung und eines marmornen Schreibzeuges zu verwenden. Ferner liess man schleunigst eine Marmortafel anfertigen, die an dem Hause "Im Winkel Nr. 5" befestigt wurde und tagelang das Ziel zahlreicher Besucher bildete. "Hier wohnte Fritz Niebergall, der Olympiasieger, 1911 - 1922", lautete die goldene Inschrift.

Schliesslich, als der Sonnabendmorgen herangekommen war, verwandelte das freundliche Städtchen sich in einen Blumenhain. Girlanden hingen von Haus zu Haus; überall prangten Willkommen-Tafeln. Der grosse Saal im "Greifen" glich einem Bankettsaal, wie man ihn herrlicher nicht einmal im Film zu sehen bekam. Der dicke Wirt hatte auch wirklich sein Bestes getan, und seine rundliche Tochter Betty musterte alles mit blanken Augen. Nun konnte er kommen, der Held des Tages!

Und er kam. Ein an den Gasthof zum Greifen gerichtetes Telegramm mit den lakonischen Worten: "Umstände halber Ankunft bereits Nachmittags drei Uhr, Niebergall!", warf zwar das ursprünglich aufgesetzte Festprogramm um. Allein man wurde aller Schwierigkeiten Herr. Punkt zehn Minuten vor der Ankunftszeit versammelte sich vor dem Bahnhof der Gesangsverein "Rosenstock"; Schulkinder bildeten Spalier; die Fenster der umliegenden Gasthöfe füllten sich mit erwartungsvollen Zuschauern; eine nach hunderten zählende Menge belagerte den Bahnhof.

Da kam der Zug auch schon angebraust. Die Türen der Bahnhofshalle flogen auf, und an der Seite des Bürgermeisters betrat der siegreiche Olympia-

kämpfer den Bahnhofplatz. Eine grosse, kräftige Erscheinung mit enormen Schultern, - Niebergall war Obmann der 2. Riege der Schwergewichtsringermannschaft.

Der Bürgermeister begrüßte den starken Mann mit den Worten: "Ich heisse namens der Bürgerschaft Saalburgs Fritz Niebergall, den Sohn unseres ehemaligen Mitbürgers, herzlich willkommen!" Schon flog, unter brausenden Zurufen der Erschienenen, des Dirigenten Haferkamp Taktstock hoch, und schmetternd tönte der Hymnus "Gott grüsse dich!" aus sechzig Kehlen über den Platz. Im Triumphzuge wurde der Held des Tages durch die Strassen der Stadt geschoben und fast getragen. Aus vielen Fenstern flogen Blumen auf den Gefeierten herab; Männlein und Weiblein waren aus dem Häuschen. Betty, das Wirtstochterlein vom "Greifen", wandte sich mit glänzenden Augen an ihre Freundinnen: "Ist er nicht ein schöner Mann?"

An der Ecke des Marktplatzes aber, wo sich das Haus des Apothekers Grün befand, beobachtete der Besitzer durch die Glasscheiben den ganzen geräuschvollen Aufzug und brummelte vor sich hin: "Da sieht man, was der Sport aus dem Menschen macht! Vor zehn Jahren war der junge Niebergall noch ein schlanker, honneter Kerl, und jetzt schaut er aus wie ein Gorilla: Und sowas wird Ehrenbürger!" - Kopfschüttelnd begab er sich in seine Apothekerstube und schloss das Fenster, denn der Lärm aus dem Wirtshaus zum Greifen drang bis in seine Pilleneinsamkeit.

Bis in die späte Nacht hinein dauerten die Feierlichkeiten. Hochs und Trinksprüche wurden dutzendweise ausgebracht; der Gefeierte kam kaum dazu, sich zu bedanken. Das war ihm aber sichtlich lieb, denn er war wohl ein Held des Sportes, aber nicht des Wortes; das hatte er ja mit den Grössten seiner Kollegen gemein und es war also ganz in Ordnung.

Der Bürgermeister enthüllte feierlich die vor ihm aufgebauten Kostbarkeiten: die goldene Uhr, das marmorne Schreibzeug und in einem Kästchen den Betrag von dreihundert Mark, den der neue Ehrenbürger der Stadt - bei diesen Worten hatte der Bürgermeister auch den Ehrenbürgerbrief zur Hand - zum Besten der Kasse seiner heimatlichen Kampfgenossenschaft verwenden möge. Unter tosendem Beifall händigte der würdevolle Stadtvater die Kleinodien dem schmunzelnden Muskelpaket aus.

Nach dem Festakt lud Niebergall die Honoratioren zu einer kleinen Nachfeier auf seine Kosten ein. So trank man in fröhlicher Runde noch manche Flasche, sang viele schöne Lieder von deutscher Männlichkeit, deutscher Treue, Wein, Weib und Gesang. Und als der freigebige Sportsheld dann bat, sich für ein Stündchen zurückziehen zu dürfen, da geleiteten ihn einige Herren nach oben. Keineswegs aber liess man sich durch die Abwesenheit des Athleten hindern, noch recht ausgiebig weiter zu feiern. Erst in vorgerückter Stunde fanden die Stadtväter und Bürger den Heimweg.

Der dicke Greifenwirt plumpste, sehr zufrieden mit der unerwartet grossen Zeche, in sein Witwerbett. Sein Erwachen am andern Morgen war jedoch ein wenig unsanft, denn schon in aller Frühe wurde er von seiner Tochter derb geschüttelt. "Da ist ein Telegramm", sagte sie atemlos. "Es muss schon gestern Abend abgegeben worden sein; es lag auf dem Schanktisch; der Bote muss es dir selber gegeben haben!"

Der Wirt traute seinen Augen nicht, als er las: "Gasthof zum Greifen, Saalburg. Kann leider erst Sonntag Vormittag eintreffen. Bitte benachrichtigt auch Bürgermeisterin. Fritz Niebergall."

Betty lief schleunigst zum Bürgermeister, Unterdessen keuchte der Alte, notdürftig bekleidet, die Hosenträger überm Leibe festhaltend, die Treppen hinauf: die Tür zum Zimmer des Olympiamannes war nicht verschlossen; der Vogel war ausgeflogen. Das Bett war unberührt, der Koffer fort, mit ihm die goldene Uhr, das Marmorschreibzeug und die Kasse mit den 300 Mark. Und seine grosse Rechnung hatte der Halunke auch nicht bezahlt. An dem pompösen

Kronleuchter aber baumelte, mit einer Strippe befestigt, der Ehrenbürgerbrief, auf dessen Rückseite mit Bleistift geschrieben stand: "Meinem Vorbild und Nachfolger F.N."

Bürgermeister, Betty und ihr Vater standen minutenlang starr vor Entsetzen, bis das Mädchen hervorschluchzte: "Wer hätte das gedacht, ein Schwindler, - und dabei solch ein schöner Mann!"

Darauf erhielt auch das Stadtoberhaupt Leben und Festigkeit zurück. Er begab sich sogleich nach dem Bahnhof und kam gerade noch rechtzeitig an, um den echten Fritz Niedergall, der eben dem Zug entstieg und über das Ausbleiben jeglichen Empfangs höchlichst verwundert war, begrüßen zu können. Dieser Mann sah viel weniger sportsmässig aus als sein unberufener Vorläufer. Mit wachsendem Groll erfuhr er von dem bekümmerten Bürgermeister die Ereignisse des Vorabends. Schliesslich rief er aus: "Das war kein anderer als mein alter Konkurrent; das soll er mir büssen!"

Büssend griffen nun auch die Bürger nochmals in ihren Säckel, um dem echten Sohne der Stadt wenigstens ein leidlich gelungenes Festmahl zu bereiten, allein - die rechte Stimmung wollte sich nicht einstellen. Den Ehrenbürgerbrief nahm Fritz Niebergall dankend an. "Das Uebrige, meine werten Ahnweisen", fügte er hinzu, "hole ich mir in Berlin."

Ob er diese bedeutungsvollen Worte in die Tat umgesetzt hat, - niemand weiss es. Bis heute ist keine Nachricht über den falschen Sportshelden ins Städtchen Saalburg gedrungen. Auch Fritz Niebergall schwieg sich aus. Er mochte wohl seine Gründe haben.

Betty aber sagte seufzend bei sich: "Ich kann mir nicht helfen, der falsche sah doch wie ein richtiger Olympiakämpfer aus, und er war so ein schöner und stattlicher Mann!" - Ob auch sie ihre Gründe hatte für das unziemliche Lob?

Geo F. Thiele.

"Liebling des Volks....." x

SPD. In Athen erschoss sich der griechische Leutnant Ossip Seres, verzweifelt über seinen völligen Zusammenbruch und den Abschied von der Armee. Zwei Jahre zuvor hatte er die Prinzessin Maria eines Balkanstaates kennen gelernt. Sie war nach kurzer Bekanntschaft mit ihm nach Griechenland geflohen und hatte geschworen, nie wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Nach zwei Wochen fand sie ihn wie alle andern Männer langweilig und viel zu ernst, liess ihn sitzen und fuhr auf Umwegen doch in die Heimat zurück, wo sie sich binnen kurzem abermals verlobte. Im gleichen Jahre entliess sie auch diesen Verlobten wieder und sah sich nach einem jungen Engländer um.

Als der Leutnant sich erschoss, war die Prinzessin sozusagen die meistverlobte Dame von Europa; kurz darauf war sie abermals frei. In ihrer Heimat war sie schon billig zu haben. "Der nächste Herr, bitte!"

(Leise mitzusingen: "Liebling des Volks zu sein...")

Ein Jahr später fand in Wien die Wahl einer Schönheitskönigin statt, veranstaltet vom "Gloria-Werk", einer Fabrik für kosmetische Präparate. Der ganze Balkan trat zum Wettbewerb an. Mädchen, die wettbewerben, die sich nett bewerben, "wer ist die Schönste im ganzen Land?" Dieses Mal war es die Prinzessin Maria, die schon so oft Verlobte. Der Nationalstolz feierte Orgien.

Die Allerschönste wurde nach Berlin gebracht, zu einem andern Wettbewerb. Ein Student aus Belgrad schrieb Brief um Brief nach Berlin. Die Prinzessin hatte ihn längst vergessen. Eines Tages, als sie im "Kaiserhof" wiederum gekrönt wurde, vergiftete er sich. Er hinterliess ein paar Abschieds-

Worte, einige Gedichte und auf einer Schleife, die ihr gehört hatte, den tränenüberströmten Satz: "Im Tode noch bete ich für Dein Glück!"

(Leise mitsingen: "Liebling des Volks zu sein...")

Dieser Tage kam in New York das Auto zur Versteigerung, das während ihres dortigen Aufenthaltes der Prinzessin Maria gehört hatte. Der Wagen, ein Rolls Royce "Phantom", erzielte den phantastischen Preis von vierhunderttausend Dollar. Fünfzehntausend Dollar ist der Listenpreis. Man kann daraus ersehen, mit welchen luxuriösen Kleinigkeiten der Wagen teurer gemacht worden war. Die Türgriffe bestanden aus Platin und waren mit Brillanten besetzt.

Die Prinzessin war bei ihrer Abreise zum siebenten Male verheiratet. Sechs Amerikaner, keinen unter zehn Millionen Dollar, hatte sie schon ruiniert. Ihr letzter Mann war noch vor kurzem der angesehenste Bankier Chikagos. Er kam ins Gefängnis, weil er einen ungedeckten Scheck ausgegeben hatte. Jetzt hat die Prinzessin den Bankier des Herzogs von W. zum Manne; ihm gehört ein Viertel von London. Das wird wohl eine Weile reichen.

(Leise mitsingen: "Liebling des Volks zu sein...")

Marim.

Tips, die retten. X

SPD. Dreissig Millionen Arbeitslose, vorsichtig gerechnet, bedrücken das Gewissen der Welt. Das bedeutet nicht nur Elend und unüberwindbare Not, sondern auch Sorgen und Gewissenskonflikte der Eltern wegen der Zukunft ihrer Kinder. Eine neue Generation wächst heran; unser Sohn, unsere Tochter wird vor die Berufswahl gestellt - welchen Beruf sollen sie ergreifen?! Dass sie Talent haben zu diesem oder jenem, damit ist heute nicht mehr viel anzufangen. Das Leben stellt heutzutage viel höhere Anforderungen. Die Berufsliste bietet keine grosse Auswahl, und die Konkurrenz ist überall erdrückend. Was soll also geschehen? - Man muss eben neue Berufe erfinden.

Man scheut sich heute vor keinem Berufe mehr. Doch Amerika ist uns auch hierin um eine Nasenlänge voraus. Es gibt daher nirgends so viele Möglichkeiten wie dort. Das Volkszählungsamt der Vereinigten Staaten verzeichnet 572 offizielle Berufe. Doch - wie der Direktor dieses Amtes, Mr. William M. Stuart, erklärt - ist diese Liste bei weitem nicht vollständig. Es soll in Amerika mindestens 10 000 verschiedene Berufsarten geben, sofern man manche, die schon ins Bereich der Kuriosa gehören, mitzählt. Aber gerade diese Kuriosa, gleichsam Unikumberufe, sind die aussichtsreichsten und können deshalb auch hierzulande angelegentlich empfohlen werden.

Da ist z.B. auf der genannten Berufsliste eine alte Frau aus der Gegend der Wallstreet eingetragen. Man nennt sie das Aschenbrödel. Der Name bezeichnet ihr Handwerk: denn niemand versteht so fachkundig wie sie die vom Wind in Menschengenossen gewehrte Asche, Staub, Splitter, kleine Insekten usw. zu entfernen. Wie sie darauf kam, dieses "Gewerbe" zu begründen, ist schwer zu ermitteln. Tatsache ist, dass sie einen grossen Ruf hat, und dass sie rasch und schmerzlos "arbeitet". Beahlt wird sie ganz nach Belieben. Sie verdient aber gut, an stürmischen Tagen am besten.

Dass es Teeschmecker und Kafeeriecher gibt, ist schon bekannt und nichts Besonderes mehr. Es mag dagegen viel sonderbarer anmuten, dass auch Schinkenriecher existieren. Die Schinkenriecher werden in Fleischwarenfabriken beschäftigt. Ihre Aufgabe besteht darin, in den verarbeiteten Schinken mit einer Gabel hineinzustecken und an dem so verursachten Loche zu ermitteln, ob der Schinken während der Verarbeitung um den Knochen herum nicht sauer

geworden ist.

Selbstverständlich gehört auch in Amerika der Sprachunterricht zu den gut frequentierten Berufen. Etwas seltener schon ist eine Abart des Sprachunterrichts, durch die neuerdings eine sehr eigenartige Sprache zur Popularität gelangt, die von Sprachlehrern den Papageien gelehrt wird. Sie erfordert freilich eine ganz besondere Methode und nicht wenig Mühe, zumal es gilt, selbst dem allerdümsten Papagei innerhalb von 2 bis 3 Wochen etwas Sprachwissenschaft beizubringen. Manche Leute verstehen sich darauf, bekommen 2 bis 3 Dollar die Stunde und zahlen soviel Steuern wie ein Universitätsprofessor in Deutschland.

In die gleiche Kategorie gehört der Gesangslehrer, der Kanarienvögel Gesang unterweist. Es war ein deutscher Musikpädagoge, Henri Smith (Heinrich Schmidt) aus Königsberg, der dieses Berufsfach gründete. Er brachte es fertig, in wenigen Wochen auch den schweigsamsten Kanarienvogel zum Sänger grossen Formats zu erziehen. Seine Assistenten beim Unterricht waren: Kanarienvögel, die sich die Gesangkunst schon zu eigen gemacht hatten, ferner Grillen, plätschernde Gewässer, Pfeifen und Harmonikas.

Eine New Yorker Familie verdient dadurch ihren Lebensunterhalt, dass Vater und Mutter in den Schaufenstern grosser Kaufhäuser für die neuesten Modekleider Reklame machen, indem sie stundenlang regungslos in den Schaufenstern stehen. Nach den Schulstunden schliesst sich dem Gewerbe auch ihr Töchterchen an, das mit verwunderten Augen um Vater und Mutter herumgeht und ihre Kleider anstarrt.

Auch der Beruf des Regenwurmhandels gehört zu den noch nicht sehr verbreiteten. Ein junger Mann in Pennsylvanien "macht" in dieser Branche. Frühmorgens, sogar in der Nacht, geht er mit Schaufel und Laterne auf die Felder, sammelt sachgemäss und rasch die Regenwürmer und verkauft sie, nicht sehr billig, an Laboratorien und ärztliche Institute. (Mit Genugtuung habe ich beobachten können, dass dieser Beruf nicht die Erfindung der Amerikaner ist, sondern auch schon in Deutschland ausgeübt wird.)

In San Francisco gibt es ein Unternehmen, das sich die Aufbesserung echter, aber kranker und altersschwacher Perlen zur Aufgabe macht. Denn Perlen sind bekannterweise Lebewesen, die auch sterben können. Schliesst man die Perlen für einige Zeit von Luft und Licht ab, so verlieren sie ihren Glanz. Der Perlenprofessor hat nun die Aufgabe, sie zu heilen, indem er sie mit Chemikalien behandelt, mit Hilfe von Apparaten ihre oberste Haut abschält, unter der von neuem der wunderbare matte Schimmer zutage tritt. Der phantasiereiche Inhaber dieses Unternehmens, übrigens ein unübertrefflicher Spezialist auf diesem Gebiete, verdient viel Geld, da er keine Konkurrenz hat. Angeblich ist auch dieser Berufszweig in Deutschland bereits nachgeahmt worden.

Diesen seltsamen Berufsarten setzt ein Mann aus Seattle die Krone auf. Er geht auf die Jagd nach Walross-Schnurrbarthaaren. Einmal jährlich fährt er bis nach der Bering-Strasse (bei Alaska) hinauf, um die Walross-Schnurrbart-Ernte der Eskimos aufzukaufen. Und dabei - wenn die Haare zu kurz sind und er mit der Ware nicht zufrieden ist - erteilt er den Eskimos sachgemässen Unterricht, wie man bei der Erbeutung vorgehen muss. Dann schiffte er sich ein, fährt nach San Francisco und verkauft die Schnurrbarthaare an chinesische Gastwirte, da diese behaupten, dass keine besseren und appetitlicheren Zahnstocher auf der Welt existieren als die Haare des Walross-Schnurrbartes.

-osi.

Was Nietzsche verdient hat.^x

SPD. Angesichts der überaus grossen Verbreitung, die Nietzsches Schriften erfahren haben, dürfte es von Interesse sein, aus sicherer Quelle zu erfahren, was Nietzsche selbst und seine Erben an den Werken des grossen Dichterphilosophen verdient haben. Friedrich Nietzsche war von 1869 bis 1879 Professor der alten Sprachen an der Universität Basel. Als er 1879, im Alter von 35 Jahren, sein Lehramt aus Gesundheitsrücksichten aufgab, bezog er eine Pension von jährlich 3000 schweizer Franken (2400 Mark) und ausserdem die Zinsen eines Vermögens, die ungefähr 1000 Franken (800 Mark) ausmachten. Er hatte also im ganzen eine Jahreseinnahme von 3200 Mark. Die Honorare für seine Bücher waren zunächst sehr gering. Nietzsche liess sie bei seinem Verleger Ernst Schmeitzner in Chemnitz stehen und sich erst im Oktober 1886 auszahlen. Es waren insgesamt rund 6000 Mark. Diese Summe verteilt sich jedoch auf 12 Jahre, sodass der Philosoph an seinen Schriften jährlich nur 500 Mark (!!) verdient hat. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass Nietzsche für seine späteren Werke überhaupt keinen Verleger mehr fand und deshalb ihren Druck selbst bezahlen musste. Für diesen Zweck wandte er von den empfangenen 6000 Mark ungefähr 3500 Mark auf.

Anfang 1889 brach Nietzsche seelisch und körperlich zusammen, und seine Schwester, Frau Elisabeth Förster-Nietzsche, die bald darauf aus Paraguay, wo sie verheiratet gewesen war, zurückkehrte, nahm sich seiner an und pflegte ihn. Das Verlagsrecht der Schriften ihres Bruders war inzwischen auf die Firma C.G. Naumann in Leipzig übergegangen. Dieser Verlag zahlte der Schwester des Philosophen von 1889 bis 1899 Honorare in Höhe von 82 355 Mark und 1899 bis 1909 den Betrag von 255 210 Mark. Im November 1909 verkaufte Naumann sein Verlagsrecht an den Schriften Nietzsches an den Alfred Körner Verlag in Leipzig, und zwar, wie behauptet wird, für eine Million Mark. (Diese Summe dürfte doch wohl etwas zu hoch gegriffen sein.) Für die Zeit nach 1909 sind keine Angaben über die Honorare mehr bekannt geworden.

Die Honorare von insgesamt 337 565 Mark, die Nietzsches Schwester erhalten hat, sind nach deren eigenen Mitteilungen vollständig verschlungen worden durch die Begründung des Nietzsche-Archivs in Weimar, den Ankauf des Grundstücks mit dem Sterbehause Nietzsches, den dreimaligen Umbau für Archivzwecke, den Ankauf von Briefen und Manuskripten, die in fremden Händen waren, und durch Herausgeberhonorare. Auf die Baseler Pension hatte Nietzsches Schwester ein für allemal verzichtet.

Man darf also sagen: Der Philosoph selber hatte nur einen sehr geringen materiellen Gewinn aus seinem Schaffen und musste ziemlich bescheiden leben. So manche Annehmlichkeit und Bequemlichkeit musste er sich versagen. Den Löwenanteil an dem Gewinn aus seinen Schriften hatten die Verleger. Das pflegt ja seit je her bis zum heutigen Tage so üblich zu sein.

Karl Quenzel.

SPD. Nur eine Jugendtorheit.^x Der Sohn des grossen englischen Satirikers Jonathan Swift, des Verfassers von "Gullivers Reisen", wollte sich sehr jung verheiraten. Ein Freund Swifts machte den Vater auf die allzu grosse Jugend des Bräutigams aufmerksam und meinte: "Ihr Sohn sollte doch lieber warten bis er etwas mehr Verstand hat." Swift zuckte die Achseln: "Wenn mein Sohn mehr Verstand hat, dann heiratet er auch nicht mehr."